

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Christine Ostrowski, Rosel Neuhäuser, Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3191 –**

Beibehaltung der Reisezug-Verbindungen zwischen Polen und Berlin

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag gestellt, der unter anderem die Feststellung zum Ziel hat, dass die Einstellung der direkten Fernreise-Zugverbindungen zwischen Berlin und den nördlichen Regionen Polens den Erfordernissen der sich entwickelnden europäisch-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zuwiderlaufen würde. Nach dem Antrag soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die darin genannte internationale Eisenbahn-Fernverbindung zwischen Deutschland und Polen erhalten bleibt, gravierende Einschränkungen der Fernverkehrsmöglichkeiten auf den Eisenbahnstrecken zwischen Polen und Deutschland vermieden werden und die bestehende Schienenwege-Infrastruktur zwischen beiden Staaten zügig und leistungsfähig entwickelt wird.

B. Lösung

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/3191.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/3191 abzulehnen.

Berlin, den 4. September 2000

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Wieland Sorge
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Wieland Sorge

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/3191 in seiner 100. Sitzung am 14. April 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller setzen sich mit ihrem Antrag dafür ein, dass der Deutsche Bundestag feststellt, dass die von der Deutschen Bahn AG beabsichtigte Einstellung der direkten Fernreise-Zugverbindungen zwischen Berlin und den nördlichen Regionen Polens den Erfordernissen der sich entwickelnden europäisch-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zuwiderlaufe. Er soll die Bundesregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die internationale Eisenbahn-Fernverbindung zwischen Berlin und Szczecin (Stettin), Koszalin (Köslin), Gdynia (Gdingen), Gdańsk (Danzig), Malbork (Marienburg), Elbląg (Elbing) in beiden Richtungen mit einem Nacht-Reisezugpaar von und nach Kaliningrad (Königsberg) und einem Tages-Reisezugpaar über Olsztyn (Allenstein) von und nach Elk (Lyck) erhalten bleibt, gravierende Einschränkungen der Fernverkehrsmöglichkeiten auf den Eisenbahnstrecken zwischen Polen und Deutschland vermieden werden und die bestehende Schienenwegeinfrastruktur zwischen beiden Staaten im Personen- wie im Güterverkehr zügig und leistungsfähig entwickelt wird.

Der Antrag wurde vor dem Fahrplanwechsel am 28. Mai 2000 gestellt. Mit der Fahrplanumstellung am 28. Mai 2000 ist die durchgehende Verbindung Berlin – Stettin – Danzig – Allenstein sowie die Kurswagenverbindung nach Königsberg eingestellt worden.

Seit 1991 gibt es mit Polen Verhandlungen über die gemeinsamen Interessen im Eisenbahnbereich. Ein Ergebnis dieser

Verhandlungen ist, dass im Jahr 2000 eine ministerielle Gruppe eine Verkehrsstudie vorgelegt hat. Nun soll auf der Grundlage dieser Verkehrsstudie im Sommer eine Vereinbarung zu den drei wichtigsten Strecken getroffen werden. Die übrigen Strecken, die vorhanden sind, sind von beiden Seiten als ausreichend bezeichnet worden.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 5. Juli 2000 beraten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte im Ausschuss, man lehne den Antrag der Fraktion der PDS ab, weil die Maßnahmen, welche von der deutschen und der polnischen Regierung unter Einbeziehung der Bahn auf den Weg gebracht worden seien, ausreichend seien und positiv wirken würden.

Die **Fraktion der PDS** erklärte, in dem Antrag müsse es bei Punkt II 1 nun statt „erhalten bleibt“ heißen „wieder hergestellt wird“. Statt „Allenstein“ müsse es dort „Allenstein“ heißen.

Die **Bundesregierung** vertrat die Auffassung, dass die Ausgestaltung von Betriebsprogramm und Fahrplan in der unternehmerischen Verantwortung der DB AG liege. Sie verwies ebenfalls auf die deutsch-polnischen Gespräche über den Eisenbahnverkehr, bei denen man noch in diesem Jahr eine Vereinbarung anstrebe.

V. Abstimmungsergebnis im Ausschuss

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss hat gemäß § 109 GOBT eine Petition in die Beratungen einbezogen, die das gleiche Anliegen verfolgt, wie der Antrag auf Drucksache 14/3191.

Berlin, den 4. September 2000

Wieland Sorge
Berichterstatter

